

POSITIONSPAPIER

UMGANG MIT DER AFD

EINLEITUNG

Die AfD ist programmatisch eine nationalistische und europafeindliche Partei, die zunehmend rassistische, extrem rechte und damit antidemokratische Positionen vertritt, die unserem Grundgesetz und den Werten einer freiheitlich demokratischen Grundordnung entgegenstehen. Diese Entwicklung darf nicht unterschätzt und auf die leichte Schulter genommen werden. Es bedarf einer ernsthaften gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Die umweltpolitischen Positionierungen der AfD widersprechen in ihren Grundsätzen der Satzung und den Beschlüssen des LBV. Die AfD erkennt zudem internationale Vereinbarungen, beispielsweise die der Klima-Konferenz von Paris, des G7-Gipfels in Elmau sowie der Agenda2030 von New York, und die damit verbundenen Verpflichtungen Deutschlands nicht an. Dadurch blockiert sie bisher erreichte Errungenschaften im Klima- und Umweltschutz sowie die damit einhergehende international anerkannte Vorreiterrolle Deutschlands. Die umweltpolitischen Positionen der AfD sind rückwärtsgewandt und verwehren eine zukunftsfähige und sozialverträgliche Umweltpolitik.

Die Alternative für Deutschland ist derzeit in 14 Landtagen und seit dem September 2017 auch im Deutschen Bundestag mit jeweils eigenen Fraktionen vertreten.

Da davon auszugehen ist, dass die AfD ab Oktober 2018 im Bayerischen Landtag vertreten ist, muss der LBV seine Position im Umgang mit der AfD bestimmen. Das vorliegende Positionspapier lehnt sich an das Papier des DNR an.

Auch wenn sie bisher nirgendwo in Regierungsverantwortung steht, das Auftreten von rechtspopulistischen Parteien verändert auch ohne eine Regierungsbeteiligung die politische Kultur entscheidend: Bisher nicht aussprechbare menschenverachtende Äußerungen werden aussprechbar und dringen in die politische Realität vor.

Grundsätzliche Positionierungen hat bereits der DNR getroffen (Aufruf: Nachhaltige Entwicklung braucht Demokratie! Für Freiheit und Solidarität weltweit, 3.9.2017; Resolution Weltoffenes Deutschland in Europa, verabschiedet auf der MV am 16.11.2016, Positionspapier 04.04.2018). Vergleichbare Positionspapiere haben bereits verschiedene Mitgliedsverbände des DNR umgesetzt, z. B. auch der NABU.

GRUNDSÄTZE ZUM UMGANG MIT DER AFD:

Der LBV bekennt sich in seiner Satzung zur Mitwirkung an der Umsetzung völkerrechtlicher Vereinbarungen und Konventionen zum Schutz der Biologischen Vielfalt. Der LBV bekennt sich zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und zur Bayerischen Verfassung. Er bekennt sich weiterhin zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und duldet innerhalb des Verbandes keine Mitglieder und keine Aktivitäten, die die Unterdrückung der Menschenrechte zum Ziel haben. Der LBV tritt daher rassistischen und fremdenfeindlichen Bestrebungen und anderen diskriminierenden



oder menschenverachtenden Verfahrensweisen entschieden entgegen. Aufbauend auf diesen Grundsätzen beschließt der LBV-Vorstand folgende Grundsätze im Umgang mit der Partei AfD:

- Aufgrund der zum Teil offen rassistischen, diskriminierenden und menschenverachtenden Äußerungen im Programm der AfD und diesbezüglicher Äußerungen von AfD Mitgliedern sehen wir keine gemeinsame fachpolitische Arbeitsgrundlage.
- Wir werden auch weiterhin entschieden für Pluralismus und kulturelle Vielfalt, für ein zusammenwachsendes Europa und eine faire Globalisierung eintreten. Dies entspricht unseren Grundsätzen und unserem Nachhaltigkeitsverständnis. Daher wird sich der LBV gegebenenfalls zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren an Bündnissen und Aktionen gegen Rechts beteiligen.
- Wir werden uns mit den inhaltlichen Positionen der AfD sachlich auseinandersetzen. Insbesondere dort, wo Argumentationen ideologiegeleitet naturwissenschaftliche Fakten (z.B. den Klimawandel) ablehnen, werden wir uns entschieden zu Wort melden und diesen inhaltlich-argumentativ begegnen. Wir werden aber nicht auf jede Provokation aus den Reihen der AfD reagieren.
- Wir anerkennen selbstverständlich die Rechte von AfD-Parlamentarier*innen. Aufgrund ihrer menschenverachtenden und fremdenfeindlichen Prägungen werden wir sie oder andere Vertreter*innen der AfD aber nicht aktiv in unsere Arbeit einbeziehen oder bei Veranstaltungen des LBV berücksichtigen, um ihnen so eine Bühne zu bieten. Wir stehen zu der in unserer Satzung formulierten parteipolitischen Neutralität. Ausgewogenheit heißt jedoch nicht, dass wir immer alle Parteien zu Wort kommen lassen, sondern einen konstruktiv-kritischen Diskurs entlang von politischen Fachfragen zu führen.

Der LBV wird sich klar menschen- und freiheitsrechtlich positionieren, menschenfeindlichen Positionen mit einer eindeutigen Haltung begegnen und für eine offene Gesellschaft eintreten. Hier geht es darum, in der Auseinandersetzung mit der AfD den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das demokratische Miteinander in den Vordergrund zu stellen.

Hilpoltstein, 16.07.2018

Gez.
Dr. Norbert Schäffer
Vorsitzender LBV

Gez.
Gerhard Koller
Landesgeschäftsführer

Gez.
Helmut Beran
stv. Geschäftsführer